

Industriepolitik

Jobs für Joe

Milliardeninvestitionen, Hunderttausende neue Arbeitsplätze, grüne Innovationen: Mit dem größten Subventionsprogramm seit Jahrzehnten lockt US-Präsident Biden die Industrie zurück ins Land. Europa tut sich immer noch schwer mit seiner Reaktion.



Elektro-Pick-up
Ford F150 beim Laden: Amerikanischer Traum unter Strom.

Felix Holtermann, Moritz Koch, Katharina Kort, Annett Meiritz New York, Brüssel, Washington

Die Zukunft der USA passt in eine 16.000 Quadratmeter große Ausstellungshalle. Die 50 US-Bundesstaaten präsentieren sich im Gaylord Convention Center, einem Kongresszentrum am Rande Washingtons, von ihrer besten Seite – mit dem Ziel, so viele Investoren wie möglich anzulocken.

Gigantische Werbetafeln verraten, wo die „Future of Innovation“ (Indiana) zu finden ist. Colorado lockt mit „Passion meets Purpose“. Nebraska verspricht: „The good life is calling“. Auf dem „Select USA“-Kongress gab es in dieser Woche keine Provinznester, sondern nur Chancen. In Zeiten, in denen die USA staatliche Fördermittel milliardenweise verteilen, brummt das Geschäft mit den Firmenansiedlungen. Allein deutsche Unternehmen waren mit mehreren Dutzend Vertretern vor Ort.

„Es gibt keinen besseren Ort für Ihr Geschäft als die Vereinigten Staaten“, ruft US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo zum Auftakt des Kongresses und preist die „historischen In-

vestitionen“ der Regierung von Präsident Joe Biden, „um die nächste Generation amerikanischer Innovationen zu entfesseln“. Laut Raimondoflossen im vergangenen Jahr 248 Milliarden US-Dollar an ausländischem Unternehmenskapital ins Land. Ein Rekord, der 2023 wahrscheinlich gebrochen wird.

Kein Wunder, denn unter seiner Präsidentschaft wurden die zwei größten industriepolitischen Förderprogramme aller Zeiten beschlossen:

-Im August 2022 unterzeichnete Biden zunächst den „Chips Act“, der die Halbleiterbranche in den USA mit 280 Milliarden US-Dollar fördert. Darin enthalten sind direkte Subventionen, Steueranreize und Mittel für Forschung und Entwicklung.

-Wenige Tage später folgte der „Inflation Reduction Act“, kurz IRA. Er pumpt laut Regierungsschätzung knapp 370 Milliarden US-Dollar ins verarbeitende Gewerbe mit einem Schwerpunkt auf grünen Zukunftstechnologien. Da der IRA vor allem auf nicht gedeckelten Steuererleichterungen beruht, könnten am Ende auch weit größere Fördersummen herauskommen. Die US-Ökonomen John Bistline, Neil Mehrotra und Catherine Wolfram halten 1,2 Billionen Dollar für denkbar.



Aus anfänglicher Reibung könnte ein neues, gemeinsames Zeitalter der Stärke entstehen.

Jake Sullivan
Der Nationale Sicherheitsberater der USA über die neue Industriepolitik



Das würde ein Vielfaches an investiertem Kapital bedeuten. In den acht Monaten seit der Verabschiedung von Chips Act und IRA haben Unternehmen laut Jack Connors von der University of Washington bereits mehr als 216 Milliarden Dollar an Investitionen angekündigt und wollen damit 77.000 Jobs schaffen. Im kommenden Jahrzehnt könne der IRA allein für saubere Energieprojekte bis zu drei Billionen Dollar an Investitionen mobilisieren, schätzen die Analysten von Goldman Sachs in einem Report.

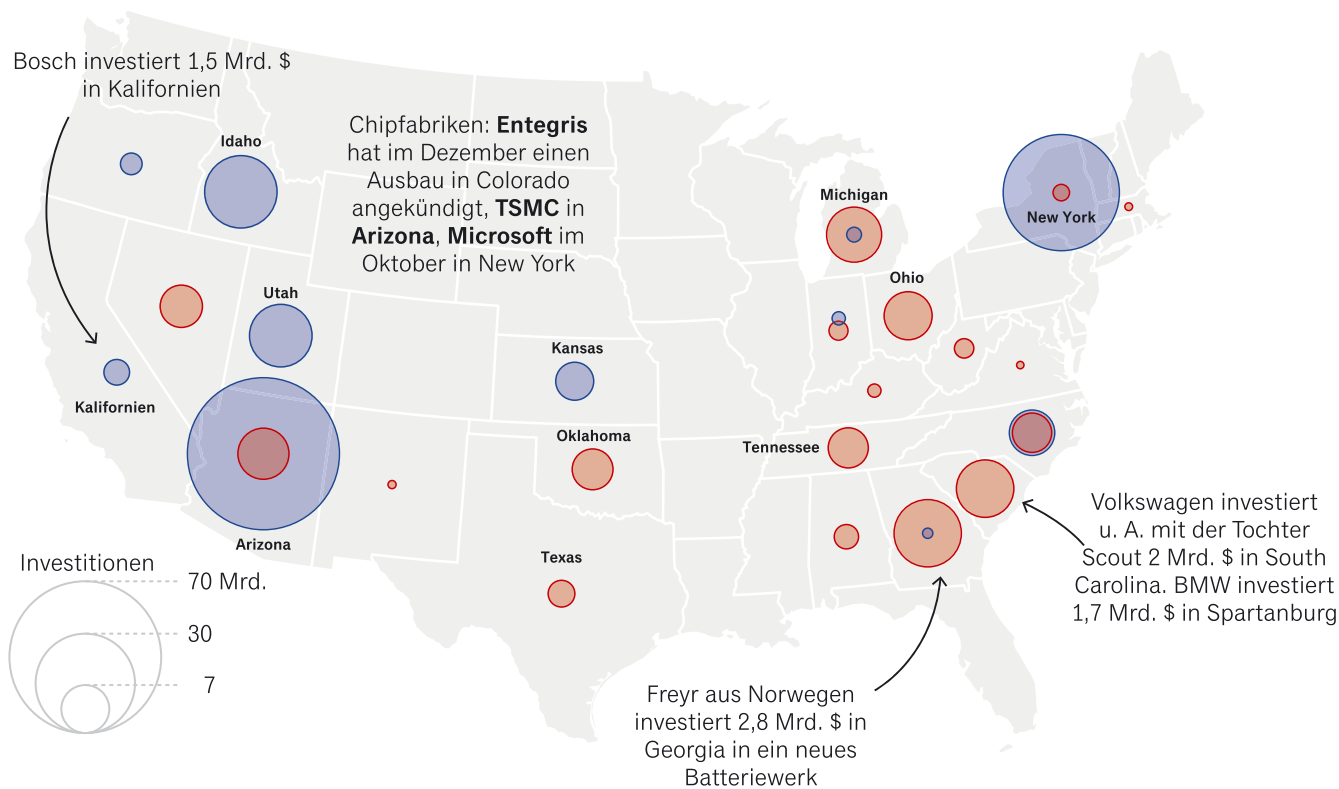
Mit „Bidenomics“, wie die Wirtschaftspolitik des Präsidenten in den USA inzwischen genannt wird, könnte gelingen, was Vorgänger Donald Trump einst nur versprochen hatte: eine Renaissance der amerikanischen Industrie. Finanziert freilich durch immer neue Staatsschulden. Das Haushaltsdefizit der USA lag 2022 bei 5,5 Prozent der US-Wirtschaftsleistung und dürfte in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Seit Bidens Amtsantritt kamen 800.000 neue Jobs in der Fertigung dazu. Insgesamt knapp 13 Millionen Amerikaner arbeiten heute im produzierenden Gewerbe – fast 200.000 mehr als vor der Pandemie. Wo einst die Schwerindustrie im „Rust Belt“ der USA verkümmerte, beleben nun Ausläufer eines „Battery Belt“ für Zukunfts-

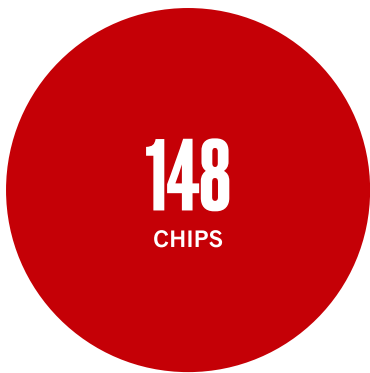
REUTERS IMAGO/Andia

Programme der US-Regierung

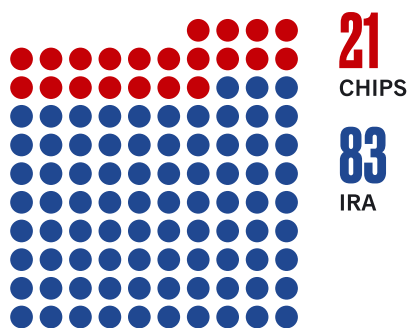
Investitionen im Rahmen des **Inflation Reduction Act (IRA)** und des **Chips and Science Act (CHIPS)** nach Bundesstaaten in Mrd. US-Dollar und ausgewählte Projekte



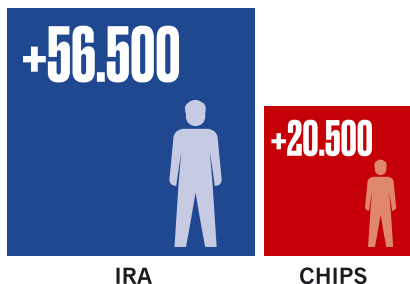
Angekündigte Investitionen in Mrd. US-Dollar



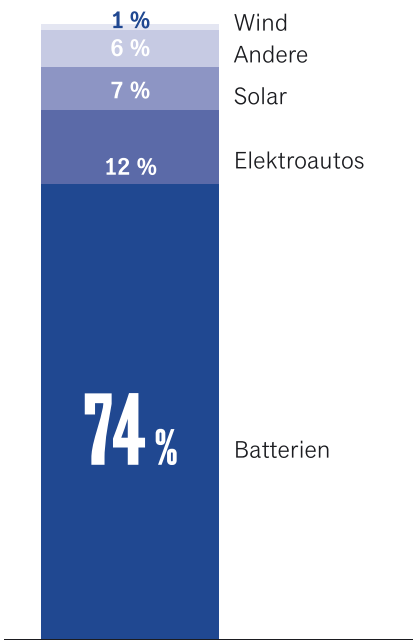
Zahl der Projekte



Geschaffene Jobs

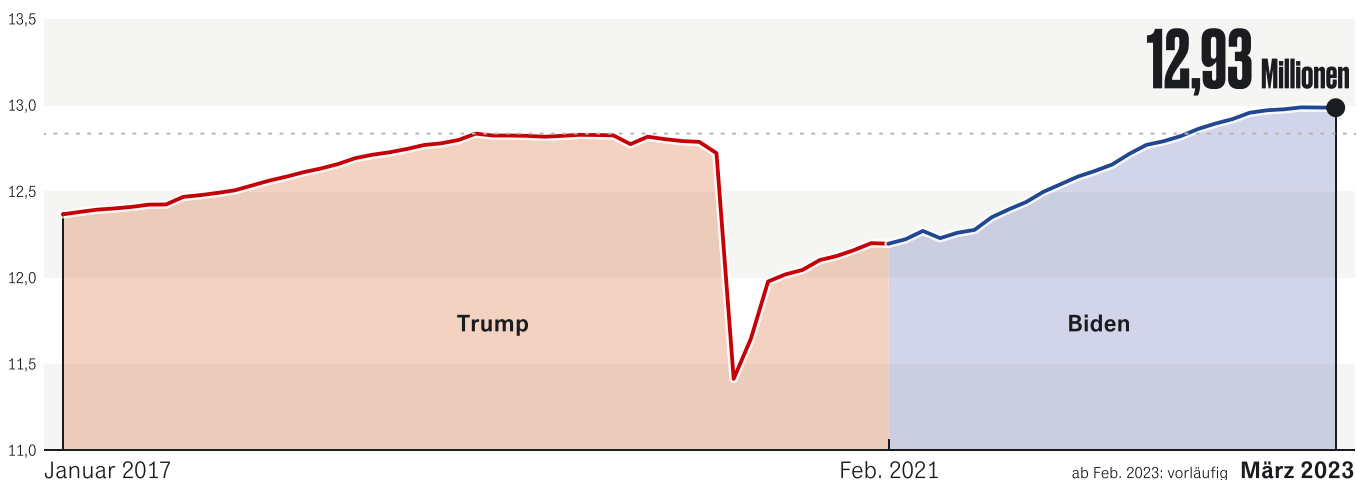


Wohin die IRA-Investitionen fließen:



Biden schafft mehr Jobs als Trump

Beschäftigte in der US-Industrie in Millionen (saisonbereinigt)



technologien ganze Regionen. Und fast täglich kommen neue Ankündigungen hinzu – von neuen Chip- über Autofabriken bis hin zu Forschungs- und Entwicklungszentren.

Zugleich setzt das Biden-Programm andere Wirtschaftsmächte unter Druck. Wenn Amerika profitiert – wer verliert dann? Da wäre zum einen China. Biden will vollbringen, was Trump nicht schaffte: Chinas Einfluss auf Zukunftsbranchen zumindest eindämmen.

Doch nicht nur Peking muss sich Sorgen machen, sondern auch Europa und hier insbesondere der Industriestandort Nummer eins des Kontinents, Deutschland. Eine Studie des Jacques Delors Centre, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt, hat nach Sektoren errechnet, wie stark sich die Produktion in den USA durch den IRA verbilligt – und wo Europa dadurch unter die Räder zu geraten droht (siehe Seite 49). Bei Batterien etwa dürften die durchschnittlichen Produktionskosten in den USA um ein Drittel sinken. Das wäre deutlich günstiger als in Europa und konkurrenzfähig gegenüber den führenden Herstellern aus China.



Es ist an der Zeit, dass Amerika wieder groß träumt. Und wieder großartige Dinge baut.

Scott Keogh

Volkswagen-Manager in den USA

Dazu nutzen die USA ökonomische Anreize, die mit den Regeln der World Trade Organization (WTO) nicht vereinbar sind: Vorrechte für Firmen, die in den USA produzieren oder von dort ihre Rohstoffe beziehen, müssten eigentlich ebenso für solche Unternehmen gelten, die das in anderen WTO-Mitgliedstaaten tun. Chips Act und IRA verstoßen in mehreren Punkten dagegen.

Unter anderem fördern die USA den Kauf von E-Autos mit bis zu 7500 Dollar pro Fahrzeug, jedoch nur dann, wenn die Modelle und Batteriekomponenten überwiegend in Nordamerika gefertigt wurden. EU-Hersteller fürchten massive Benachteiligungen auf dem US-Markt.

Und auch der Chips Act stellt Bedingungen auf: Wer in den Genuss der Anreize kommen will, darf unter anderem für zehn Jahre keine neuen Geschäfte mit China abschließen.

Theoretisch könnten die Europäer oder China die USA vor einem WTO-Schiedsgericht verklagen und würden irgendwann vermutlich recht bekommen. Doch ändern würde das nichts.

Die EU-Kommission präferiert daher eine andere Antwort auf IRA und Chips Act: Es wird zurückschubventioniert. Mit eigenen industriepolitischen Programmen und gelockerten Beihilferegeln wollen die Europäer nun selbst Unternehmen aus Zukunftsbranchen anlocken oder zumindest am Abwandern in die USA hindern. Das neue transatlantische Dogma lautet: Gut ist, was Jobs bringt.

1 Der Mann hinter Bidens Plan

„Wir stehen an der Schwelle zu einer Revolution!“, ruft Biden an einem Dienstag Ende April in den Ballsaal des Washingtoner Hilton. Die Milliardenpakete für Infrastruktur, grüne Technologien, Chips und Fertigung seien „die bedeutendsten Investitionen in der Geschichte der Welt“.

Gerade hat er angekündigt, bei der Präsidentschaftswahl im November 2024 erneut antreten zu wollen. Biden wird dann 82 Jahre alt sein. Doch von „Sleepy Joe“, vom schläfrigen Joe, wie ihn seine Gegner verspotten, ist im Hilton nichts zu spüren. Seine erste öffentliche Rede nach der Verkündigung hält Biden vor der Jahreskonferenz der North America's Building Trades Unions, eines Gewerkschafts-Dachverbands.

Biden ist hier unter Freunden. „Four more years!“ ruft ihm das Publikum entgegen. Auf der Bühne preist Biden das „Comeback im Fertigungsbusiness“ an: „Wir stellen amerikanische Produkte her, von amerikanischen Arbeitern, mit amerikanischem Material.“ Mit diesem Versprechen will er die nächste Wahl gewinnen.

Wer die Ursprünge – und damit die Zukunftsvision – von Bidens Industriepolitik verstehen will, kommt an Jake Sullivan nicht vorbei. Der 46-Jährige ist der Nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus. Er begleitet Biden seit dessen Zeit als Vizepräsident von Barack Obama und ist der Kopf hinter Bidens Industriepolitik.

Im September 2020, nur wenige Wochen vor Bidens Wahlsieg gegen Trump, veröffentlichte Sullivan ein Konzeptpapier mit dem Titel „Why foreign policy has to work for the middle class“ – warum die Außenpolitik der USA vor allem der amerikanischen Mittelklasse zugutekommen müsse. In Teilen erinnerte der Inhalt an Trumps „America first“, nur war das Papier strategischer aufgebaut und netter formuliert – in der Sache jedoch nicht weniger radikal.

Im Kern forderte Sullivan, dass Lieferketten in die USA zurückverlagert werden müssen. Um den Niedergang des produzierenden Gewerbes zu stoppen und um unabhängiger von Gegnern wie China und Russland zu werden. Im Rückblick liest sich Sullivans Konzept wie eine Blaupause für Bidens Gesetzespakete.

Bei Sullivans Auftritt bei der Denkfabrik Brookings am vergangenen Donnerstag drängeln sich die Zuschauer bis auf den Flur. Sullivan präsentiert ihnen das „big picture“ eines „Paradigmenwechsels“ in der Industriepolitik, den er mit „den neuen Weltordnungen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg“ vergleicht: „Amerika hat nicht einfach nur Produktion verloren.“ Gescheitert sei vielmehr das Konzept der „ökonomischen Integration“ Chinas, etwa über die WTO. Wirtschaft und nationale Sicherheit gingen dabei Hand in Hand. „China wurde nicht daran gehindert, seine militärischen Ambitionen auszuweiten, und Russland wurde nicht daran gehindert, seinen Nachbarn zu überfallen. Keines der Länder wurde verantwortungsbewusster“, mahnt Sullivan.

Auch in den USA gibt es Kritik an den hohen Kosten der Biden-Subventionen – und ihren Zielen. Eine Zuschauerin fragt, warum die USA nicht lieber das viele Geld nähmen und es in Kitaplätze steckten, eine gute Ausbildung und soziale Absicherung? Sullivan lächelt milde. Er als Demokrat würde das soziale Netz sofort stärken, „wenn die Republikaner mitmachen“. Aber all das funktioniert nicht ohne eine solide Basis, ohne Wachstumsaussichten und sichere Arbeitsplätze.

2 Run auf Amerika

Ende März tritt Scott Keogh aus dem Hauptportal des State Capitol von South Carolina. Gemeinsam mit dem Gouverneur und allen Parlamentsabgeordneten des Bundesstaats schreitet Keogh die Freitreppe herunter und tritt ans Mikrofon. „Es ist an der Zeit, dass Amerika wieder groß träumt. Und wieder großartige Dinge baut“, ruft der US-Chef der neuen VW-Konzerntochter Scout.

Zwei Milliarden Dollar investiert Volkswagen in South Carolina. Hinzu kommen weitere Millioneninvestitionen bei Zulieferern. 200.000 Elektro-Pick-ups und -SUVs vom Typ Scout sollen hier ab Ende 2026 jährlich vom Band rollen, 4000 Jobs geschaffen werden. Volkswagen will an die Biden-Subventionen ran. Und die 7500 Dollar Steuerrabatt aus dem IRA bekommen nun einmal nur Autos, die in den USA produziert werden und deren Batteriematerialien zu großen Teilen aus Nordamerika stammen.

„South Carolina ist offen für Business“, sagt der Gouverneur des Staates, Henry McMaster, dem Handelsblatt. Und legt zu den Subventionen aus Washington noch Geld obendrauf. VW profitiert insgesamt von Anreizen in Höhe von 1,291 Milliarden Dollar, über 60 Prozent der Investitionssumme: Steuergutschriften von bis zu 180 Millionen Dollar, ein 200-Millionen-Dollar-Darlehen und Gewerbeflächen zum Sonderpreis. Der zuständige Landkreis („County“) finanziert Scout sogar drei Jahre lang die Firmenbüros.

Auch BMW investiert 1,7 Milliarden Dollar im nahen Spartanburg, wie der Autobauer im Herbst erklärte. Das dortige größte Werk des Konzerns wird für eine Milliarde Dollar auf die Produktion von Elektroautos vorbereitet. 700 Millionen Dollar fließen in den Aufbau einer eigenen Batteriefertigung. Offiziell erklärt BMW zwar, seine langfristigen Investitionsentscheidungen nicht von Förderpaketen aus Washington abhängig zu machen. Hinter verschlossenen Türen bestätigen Manager der großen Autokonzerne aber die Sogwirkung der Programme.

Laut Handelsblatt-Informationen erwägen sowohl Mercedes-Benz als auch BMW aktuell, die Elektroproduktion in Nordamerika auszuweiten. Die Autos der Schwaben und Bayern kommen bisher nur beim Leasing in den Genuss der IRA-Subventionen für Elektroautos. Durch verstärkte lokale Produktion und Rohstoffbeschaffung soll sich das ändern.

Ein weiteres Ziel der Biden-Regierung ist der Ausbau der Ladenetze für Strom- und Wasserstofffahrzeuge. Auch hier sieht der IRA Steuergutschriften von bis zu 30 Prozent vor. Daimler Truck investiert in ein 650 Millionen Dollar schweres Joint Venture zum Aufbau eines Strom- und Wasserstoff-Tankstellennetzes. Mercedes-Benz hat im Januar Pläne für ein Schnellladenetz in Nordamerika vorgestellt. Investitionsvolumen: 500 Millionen Dollar.

Gradmesser für den grünen Boom sind Gigafactories, riesige Anlagen zur Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien. Die Gründungen sind zu-



letzt „durch die Decke gegangen“, sagt Michael Plante, Experte für Elektromobilität an der Federal Reserve Bank von Dallas. So flossen seit Bidens Amtsantritt mehr als 54 Milliarden US-Dollar in neue Batterieprojekte, hat Plante errechnet. Besonders nach dem IRA zog das Tempo an. Zwischen August und Dezember 2022 wurden Produktionsanlagen im Wert von 16 Milliarden Dollar angekündigt. Das ist mehr als dreimal so viel wie im gesamten Zeitraum von 2018 bis 2020.

Der schwedische Batteriehersteller Northvolt erwägt derzeit, ein neues Werk nicht wie geplant im deutschen Heide aufzubauen, sondern doch lieber in die USA zu gehen. „Wir setzen uns derzeit mit den jeweiligen, vor Ort geltenden Rahmenbedingungen auseinander“, erklärt der deutsche Northvolt-Sprecher Martin Höfelmann. Die EU hat auf den Inflation Reduction Act von US-Präsident Biden reagiert und ebenfalls finanzielle Hilfen für Industrieansiedlungen in Aussicht gestellt. Höfelmann: „Wir analysieren das derzeit.“

Deutschland und die EU stecken in einem Dilemma: Entweder sie versuchen, mit den Biden-Subventionen mitzuhalten – was viele Milliarden an Steuergeld kosten wird. Oder sie riskieren, dass immer mehr Unternehmen aus grünen Zukunftsbranchen auf die andere Seite des Atlantiks abwandern.

3 Europas schwierige Antwort

Ursula von der Leyen strahlt. Hinter ihr prasselt der Kamin, und neben ihr stimmt Joe Biden ein Loblied auf die Führungsstärke der EU-Kommissionschefin an. Im März ist sie nach Washington geeilt, Ziel der Mission: Die protektionistischen Vorgaben des IRA zu entschärfen. Bei ihrer Audienz im Oval Office erreicht von der Leyen ein



paar Zugeständnisse. Doch von ihrer wirtschaftsnationalistischen Grundausrichtung rücken die USA nicht ab.

Nach der Verabschiedung des IRA dauerte es Monate, ehe die Europäer die industriepolitische Intention des Gesetzes verstanden. Die Reaktionen fielen dann umso heftiger aus. Die Angebote an europäische Firmen seien „super aggressiv“, beschwerte sich Frankreichs Präsident Macron.

Die EU-Kommission, durch die Subventionsoffensive der Amerikaner aufgeschreckt, bastelte eilig ein eigenes Gesetzespaket zusammen: den Green Deal Industrial Plan. Kernstück ist ein Förderprogramm für grüne Technologien – und implizit das Eingeständnis, dass die bisherigen Bestrebungen der EU in diesem Bereich zu komplex, zu kleinteilig, zu langsam waren.

Mit dem Green Deal Industrial Plan steigen die Europäer in den Subventionswettbewerb ein, den sie eigentlich verhindern wollten. Firmen, die Förderangebote aus Amerika erhalten, sollen künftig in Europa ebenso stark gefördert werden können. Dafür lockert die EU das Beihilferecht.

Auf den ersten Blick ähneln sich die Programme der Amerikaner und der Europäer. So subventionieren die USA den Kauf eines Elektroautos mit 7500 Dollar, die EU-Staaten fördern im Schnitt mit 6000 Dollar, wie das Brüsseler Wirtschaftsinstitut Bruegel errechnet hat. Die Clean-Tech-Industrie erhält in den USA demnach Beihilfen von 37 Milliarden, in Europa sind es 35 Milliarden Dollar. Die Produktion erneuerbarer Energie wird in Europa mit 800 Milliarden sogar wesentlich stärker gefördert als in Amerika mit 208 Milliarden Dollar.

Die Unterschiede werden erst auf den zweiten Blick deutlich. Die US-Zahlen sind lediglich Schätzungen, wie stark die nicht gedeckelten Subventionen tatsächlich in Anspruch genommen werden. Auch die Art der Subvention unterscheidet sich. Kern der europäischen Industriepolitik sind die sogenannten Ipceis – wichtige gemeinsame Projekte im europäischen Interesse. Diese erlauben Ausnahmen von den strengen Beihilferegeln des EU-Binnenmarkts, um strategische Vorhaben voranzutreiben, die Energiewende etwa oder die digitale Transformation.

Insgesamt fünf solcher Ipceis gibt es inzwischen: zwei für Wasserstoff, zwei für Batterien, eines für Mikrochips. Aber mit ihnen darf nur die Markteinführung neuer Technologien gefördert werden, nicht der industrielle Hochlauf verfügbarer Produkte.

Anders in den USA. „Der IRA konzentriert sich hauptsächlich auf die massenhafte Einführung von Technologien der aktuellen Generation“, bilanziert eine Bruegel-Studie. Darüber hi-

US-Präsident Biden in Elektroauto-Fabrik von General Motors, Ladesäulen von Tesla: China schwächen – Wahl gewinnen.

5,5

Prozent der Wirtschaftsleistung betrug das US-Haushaltsdefizit 2022 – Tendenz steigend.



imago images/ZUMA Wire

naus diskriminierten die USA ausländische Firmen, wohingegen die europäischen Beihilfen im Prinzip allen Anbietern offenstünden.

Was den IRA aus Unternehmenssicht attraktiv macht: Er fördert auf besonders einfache Weise – mittels Steuergutschriften über zehn Jahre. Vereinfacht gesagt: Für ihre grünen Investitionen bekommen die Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz der Investitionssumme vom Finanzamt zurück. Dagegen sind die europäischen Beihilfen ein kompliziertes Geflecht aus unterschiedlichen Förderprogrammen, um die sich Firmen bewerben müssen.

Bruegel-Direktor Jeromin Zettelmeyer sieht im IRA dennoch eine Chance – auch für Europa: „Die Welt ist mit dem IRA besser als ohne.“ Nicht nur, weil das Gesetz ein „wichtiges Klimainstrument“ sei. Sondern auch, weil die USA eine Alternative zu chinesischen Produkten in Bereichen wie Solarzellen schaffen: „Diese positiven Aspekte wiegen die Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf, so sehr man die ernst nehmen muss.“

Erste Ansätze für eine Annäherung zwischen Washington und Brüssel gibt es. So verabredeten die beiden Seiten eine transatlantische Rohstoffpartnerschaft. Ziel ist ein neues Lieferkettennetzwerk für kritische Rohstoffe, Mineralien und seltene Erden – mit den G7-Staaten als Ankerpunkt und in Abgrenzung zu China. Details könnten beim G7-Gipfel am 19. Mai in Hiroshima bekannt werden. Das Abkommen wäre der erste Schritt zu einem „Käuferklub“ für kritische Mineralien innerhalb der G7.

Wird die Rohstoffpartnerschaft besiegelt, könnten europäische Batteriehersteller doch noch von den IRA-Subventionen profitieren. Beispielsweise könnte ein in der EU ansässiges Unternehmen Lithium, Nickel oder andere Materialien für in Nordamerika hergestellte Elektrofahrzeuge liefern – und käme in den Vorzug der Anreize. Doch damit erschöpft sich das amerikanische Entgegenkommen.

Gerade im Bereich der kritischen Rohstoffe fürchtet Brüssel, dass die USA das begrenzte, nichtchinesische Angebot auf dem Weltmarkt abgreifen und die Abhängigkeit Europas von China damit sogar verstärken könnten. Dieses Argument nutzte Ursula von der Leyen auch, als sie Biden im Weißen Haus besuchte: Es könne nicht im Interesse der Amerikaner sein, ihre Bündnispartner noch stärker in die Arme der Chinesen zu treiben. Die USA sehen in ihrem Ansatz freilich keinen Widerspruch. Protektionismus ist Teil ihrer Industriepolitik, und Industriepolitik Teil ihrer Chinapolitik.

Diese Industriepolitik ist keineswegs auf Batteriefabriken begrenzt. „Das Gesetzespaket zeigt vor allem, dass die USA den klaren Willen zur Reindustrialisierung haben“, sagt Lanxess-Vor-

Kevin Stitt

„VW hat einen Riesenfehler gemacht“

Der US-Bundesstaat Oklahoma wird als neues Zentrum für erneuerbare Energien gefeiert. Der republikanische Gouverneur Kevin Stitt hält Bidens Politik aber nur in Teilen für hilfreich.

Als der Republikaner Kevin Stitt vor fünf Jahren zum Gouverneur von Oklahoma gewählt wurde, herrschten andere Zeiten: Donald Trump war damals Präsident, und staatliche Investitionen in grüne Energien galten unter Republikanern als Gift für die Wirtschaft. Inzwischen profitiert ein republikanischer Bundesstaat wie Oklahoma durchaus von den milliardenschweren Bundesmitteln, die unter Joe Biden beschlossen wurden.

Im Washingtoner Hamilton-Restaurant, in Sichtweite des Weißen Hauses, schwärmt der 50-jährige Stitt von den Chancen der amerikanischen Energiewende. Gemeinsam mit den Südstaaten Arkansas und Louisiana hat Oklahoma zum Beispiel ein milliardenschweres Wasserstoff-Cluster gegründet. Allerdings bekam er von einem großen deutschen Unternehmen gerade einen Korb: Beim geplanten Bau eines neuen Batteriewerks entschied sich Volkswagen kurzfristig gegen Oklahoma.

Gouverneur Stitt, Ihr Bundesstaat war in der engeren Auswahl für ein Batteriewerk von Volkswagen. 700 Millionen US-Dollar an Anreizen wollten Sie auf den Tisch legen, doch VW entschied sich in letzter Minute für den Standort Kanada. Was ist schiefgelaufen?

Volkswagen hat mir das Herz gebrochen, sie haben mich am Altar stehen lassen. Im Ernst, wir haben unser Bestes gegeben, und VW hat einen Riesenfehler gemacht. Oklahoma wäre der richtige Ort für ihre Fabrik gewesen. Aber wir sind schon drüber weg und in Gesprächen mit vielen anderen Investoren, ich bin sehr optimistisch.

Abgesehen davon, dass Sie bei VW das Nachsehen hatten: Inwiefern spüren Sie die Auswirkungen von Joe Bidens Industriepolitik?

Präsident Bidens Absicht, Arbeitsplätze zurück in die USA zu bringen, unterstütze ich. Aber ich schaue mir das Ganze erst mal an, der Inflation Reduction Act ist noch zu frisch. Es bringt uns nichts, wenn wir alle darauf hoffen, dass die Jobs bei uns entstehen, und sie dann doch nach Kanada oder anderswo hingehen.



Google hat sein größtes Rechenzentrum in Oklahoma. Warum? Weil unsere Energie etwa ein Drittel dessen kostet, was man in Deutschland dafür bezahlt.

Ihr Bundesstaat spielt für Bidens Klimavision eine entscheidende Rolle: In Oklahoma entsteht Amerikas erste Produktionsstätte für seltene Erden.

Ja, wir übernehmen die Führung, um die USA unabhängiger von China zu machen. Wir in den USA wollen, dass in den USA produziert wird, und dafür entschuldigen wir uns nicht. Am Ende ist es auch für unsere Verbündeten besser, wenn wir uns von China lösen.

Die demokratische Biden-Regierung nimmt Ihren republikanischen Staat als Paradebeispiel dafür, dass

die grünen Investitionen Wirkung zeigen. Ärgert Sie das?

Ja. Wir in Oklahoma setzen auf erneuerbare Energien, aber wir sind ebenso stolz auf unsere starke Öl- und Gasindustrie. Wir sind die Nummer fünf bei der Ölförderung, die Nummer drei bei Erdgas, die Nummer zwei bei der Windenergieproduktion in den USA. Unser nächster großer Boommarkt ist Wasserstoff, jedes deutsche Unternehmen darf da gern bei uns investieren. Wir haben einen echten Energiemix, so wie es sein soll. Erdgas, Wind und Wasserstoff sind fantastisch, aber wenn der Wind nicht weht, müssen wir trotzdem Häuser heizen und Fabriken betreiben. Google hat sein größtes Rechenzentrum in Oklahoma. Warum? Weil unsere Energie etwa ein Drittel dessen kostet, was man in Deutschland dafür bezahlt. Dort schaltet man die Atomkraftwerke ab, aber Kohle wird weitergenutzt. Ich finde eine ehrliche Debatte besser.

Nach Jahrzehnten der Flaute wächst das produzierende Gewerbe in den USA wieder. Löst Biden die Versprechen ein, die Donald Trump gebrochen hat?

Viele Unternehmen hatten bereits vor dem Inflation Reduction Act mit dem Gedanken gespielt, verstärkt in Solar oder Elektromobilität zu investieren. Es war doch schon lange klar, dass da ein riesiger Markt entsteht. Helfen die neuen Anreize dabei, einige Unternehmen zu locken? Sicherlich. Aber wir müssen auch unsere Staatsverschuldung im Blick behalten. Ich glaube an den freien Markt, staatliche Eingriffe sind nicht unbedingt die beste Antwort. Außerdem gibt es unter Biden eine Menge Probleme, die Inflation und zu viel Bürokratie. Eine neue Mine kann in Kanada binnen 24 Monaten in Betrieb genommen werden. Hierzulande kann es bis zu zehn Jahre dauern, bis alle Genehmigungsverfahren durchlaufen sind. Washington muss da dringend ran.

Soll Ihre Partei, die Republikaner, erneut Donald Trump als Präsidentschaftskandidaten aufstellen?

Ich weiß es nicht. Ich warte ab, wer sonst alles ins Rennen einsteigt. Noch habe ich niemanden offiziell als Kandidaten unterstützt.

Warum zögern Sie, Trump zu unterstützen? Sie waren früher sein enger Verbündeter.

Die beste Person wird das Rennen um die Kandidatur für sich entscheiden.

Herr Gouverneur, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Katharina Kort.



Oklahomas Gouverneur Kevin Stitt: einstiger Verbündeter von Donald Trump.

Bloomberg

standschef Matthias Zachert bei einer Veranstaltung in New York. Deutschland hingegen verliere wegen seiner Bürokratie immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit. „Wir bei Lanxess prüfen derzeit daher intensiv, welche unserer Wachstumsprojekte im Rahmen des Inflation Reduction Act förderfähig sind, und danach werden wir unsere Investitionsentscheidungen ausrichten“, sagt Zachert. „Wir wollen unsere deutschen Standorte verteidigen – aber Zukunftsinvestitionen wird es wohl vor allem in den USA geben.“

Neben dem IRA wirkt auch der Chips Act als Investitionsbeschleuniger. Erst vergangene Woche hat Bosch das mit 1,5 Milliarden Dollar größte Investment der Konzerngeschichte angekündigt. Bosch kauft eine bestehende Chipfabrik des kalifornischen Unternehmens TSI Semiconductors. Ein wichtiger Anreiz: die großzügigen Subventionen aus Washington und aus Kalifornien, wie Bosch unverhohlen zugibt.



Wir wollen unsere deutschen Standorte verteidigen – aber Zukunftsinvestitionen wird es wohl vor allem in den USA geben.

Matthias Zachert
Lanxess-Vorstandschef

Bis Mitte des Jahrzehnts dürften Chipkonzerne mehr als 122 Milliarden Dollar in neue Werke in den USA stecken, zeigte eine Auswertung des Lieferkettenspezialisten Everstream für das Handelsblatt. In der EU gingen bis 2025 lediglich Fabriken mit einem Investitionsvolumen von 32 Milliarden Dollar in Betrieb.

Windanlagenbauer, Autobauer, Chemiekonzerne, Chipfirmen: „Es gibt kaum Unternehmen, die die USA derzeit nicht auf der Agenda haben“, sagt Julian Schoof, der das Investmentbanking der Deutschen Bank im deutschsprachigen Raum leitet. Unternehmen verlagerten ihre Produktion nicht direkt weg aus Deutschland. „Aber wenn sie darüber nachdenken zu expandieren, dann schauen sie derzeit verstärkt in die USA“, sagt Schoof. „Das liegt nicht nur am IRA, sondern auch an den niedrigen Energiekosten und dem starken US-Markt.“

Und schließlich fließe nicht nur aus Washington Geld. Auch die Bundesstaaten buhlten um Unternehmen. Sie setzen dabei nicht nur eigene Subventionen auf die der Bundesebene, sondern bieten auch einen Rundumservice, von dem investitionswillige Unternehmen in Deutschland oft nur träumen können. „Viele Bundesstaaten rollen uns derzeit den roten Teppich aus“, berichtet Lanxess-Chef Zachert. „Das geht von finanzieller Förderung bis hin zu extrem unbürokratischen und schnellen Genehmigungsverfahren.“

4 Buhlen auf allen Ebenen

Auf dem „Select USA“-Gipfel müssen die US-Bundesstaaten auffallen, wenn sie nicht in der Masse der Aussteller untergehen wollen. Das ländliche Kansas hat sein Separee mit Kornähren umkränzt und verteilt Jumbo-Schokoladenkekse. New York bietet Mini-Fusselroller an. Am Stand von Georgia wird um Punkt 17 Uhr eine Bar aufgebaut. Es gibt Rotwein aus dem Bundesstaat im Südosten der USA, Craft-Bier und grünen Spargel in Blätterteig. Eine große Delegation aus Japan lässt sich einschenken.

Allein seit Herbst 2022 hat ein halbes Dutzend deutsche Unternehmen Georgia zum Investitionsziel gemacht: Aurubis investiert 340 Millionen Dollar in eine neue Metallrecyclinganlage, Hapag-Lloyd 18 Millionen Dollar in die neue Nordamerikazentrale, Böhlinger Ingelheim 57 Millionen Dollar in ein Forschungszentrum. Georgia schickt im Rahmen des Weiterbildungsprogramms „Quick Start“ eigene Mitarbeiter nach Deutschland, die Zeit in einer investitionswilligen Firma verbringen, um zu prüfen, welche Fähigkeiten das Unternehmen braucht.



Der Bundesstaat Virginia wiederum hat einen eigenen Talent Accelerator, der nicht nur die benötigten Fachkräfte für investitionswillige Unternehmen ausbildet, sondern auch das Recruiting übernimmt, berichtet Antje Abshoff. Sie leitet die internationale Wirtschaftsförderung Virginias. Ihr Werben hat Erfolg: Der dänische Spielzeughersteller Lego hat 2022 eine neue Fabrik für rund eine Milliarde Dollar angekündigt, in der 1750 Menschen arbeiten sollen. Da der Spielzeugriese seine Energie aus einer neben der Fabrik angesiedelte neuen Solaranlage bekommen will, profitiert auch er von der Biden-Förderung.

„Wir helfen dabei, unsere Unternehmen darüber aufzuklären, wie sie die komplizierten Steuergutschriften nutzen können“, berichtet Ned Lamont, demokratischer Gouverneur von Connecticut. „In Connecticut sehen wir vor allem rund um Ladegeräte für E-Mobilität viel Interesse. Bei Anfragen aus dem Ausland geht es am häufigsten um Batterietechnologie.“

Dominick Casey, Stadtdirektor von Roseville, stellt Bosch am Standort seiner neuen Chipfertigung in Kalifornien besonders günstige Energiepreise in Aussicht. Roseville habe einen eigenen Elektrizitätsversorger. „Für Großabnehmer wie Bosch gibt es natürlich Rabatt“, so Casey. Möglich seien Strompreise von unter zehn Cent je Kilowattstunde, rund ein Viertel des deutschen Werts.

Billige Strompreise sind eine traditionelle Stärke der USA. Zusammen mit den Subventionspaketen wirken sie als wahre Investitionsbeschleuniger – gerade für energieintensive Branchen. Viele Bundesstaaten haben außerdem sogenannte „shovel-ready sites“ ausgewiesen – Gewerbegrundstücke, die bereits eine Strom-, Wasser- und Straßenanbindung haben.

5 Das Trump-Trauma wirkt nach

Im April hat Christian Sewing im New Yorker Edelrestaurant „Cipriani“ gerade eine Managerauszeichnung vom American German Institute erhalten. Seine Dankesrede nutzt der Deutsche Bank-Chef, um vor einem Hochschaukeln der protektionistischen Maßnahmen auf beiden Seiten des Atlantiks zu warnen. „Ein Auge-um-

Auge-Ansatz wäre für beide Seiten schädlich“, ruft Sewing. Das Publikum applaudiert, es sind vor allem Unternehmensvertreter. Wall Street, nicht Main Street, wie man in den USA sagt. Nicht das Publikum also, das bei den nächsten Wahlen über eine weitere Amtszeit für Biden entscheidet.

Tief sitzt bei Biden der Schock von 2016, als Donald Trump auch deshalb siegte, weil er besonders viele Stimmen unter weißen Arbeitern holte, eigentlich demokratische Stammwählerschaft. Die damalige Kandidatin Hillary Clinton galt bei dieser Klientel als arrogant und abgehoben. Zu viel Wall Street, zu wenig Main Street.

Auch für Biden geht es bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr ums politische Überleben. Seine mauen Beliebtheitswerte spiegeln die Erfolge von „Bidenomics“ bislang nicht wider. Fast die Hälfte der demokratischen Anhänger sieht Bidens erneute Kandidatur skeptisch, vor allem wegen seines hohen Alters.

Im Wahlkampf dürfte Biden umso stärker darauf setzen, dass die Erfolgsmeldungen von der Industriefront bei der Masse der Wähler ankommen. Connecticut-Gouverneur Lamont bringt die Hoffnung auf den Punkt: „Ich denke, dass er wiedergewählt werden wird. Weil sein Vorgänger alle sehr nervös gemacht hat und weil Biden das größte Infrastrukturgesetz durchgesetzt hat, das dieses Land seit Dwight Eisenhower gesehen hat.“

Wichtige Swing-Staaten wie Pennsylvania, Michigan, Ohio oder Georgia profitieren besonders vom Boom in der Fertigung. Diese Staaten schwanken politisch mal in die eine, mal in die andere Richtung und entscheiden in Zeiten knapper Mehrheiten über die Macht im Weißen Haus.

Diesen potenziellen Vorteil will Biden nicht verspielen. Und das ist auch der Grund, warum die USA der EU im Subventionsstreit nicht grundlegend entgegenkommen dürften. Mit dem IRA hat Washington bewiesen, dass die US-Re-



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Washington, Fabrik des Batterieherstellers Northvolt: Europa subventioniert zurück.

gierung im Zweifel voprescht, Fakten schafft – und erwartet, dass ihre Handelspartner nachziehen.

Das Weiße Haus versucht nicht einmal, diese Absicht zu kaschieren. „Wir wollen hier in unserem Land Dinge erschaffen. Aber wir bitten alle anderen Verbündeten, sich uns anzuschließen“, sagt Biden-Berater Sullivan. Dann, so Sullivan, könnte „aus anfänglicher Reibung ein neues, gemeinsames Zeitalter der Stärke“ entstehen.

Von einem „New Washington Consensus“ ist in den USA die Rede. Gemeint ist ein radikaler Bruch mit der liberalen Doktrin der 90er- und 2000er-Jahre – ebenfalls bekannt unter dem Schlagwort „Washington Consensus“. Damals ging es darum, Märkte zu öffnen, Regulierung abzubauen und Staatsausgaben zu begrenzen.

Inzwischen hat sich sowohl bei den Demokraten als auch bei vielen Republikanern die Einschätzung durchgesetzt, dass der Marktliberalismus ein schlechter Deal für Amerika und ein guter Deal für China war. Die Chinesen nahmen den freien Weltmarkt gern in Anspruch, ohne ihren eigenen Markt zu öffnen.

Die Antwort der Amerikaner ist ein eigener Neo-Wirtschaftsnationalismus – zu dessen Spielball die deutsche Industrie zu werden droht.

Mitarbeit: Helmut Steuer